

Stellungnahme Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik zu dem

Entwurf des Bildungsplans Grundschule, Stadtteilschule und Gymnasium der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung Hamburg 2022

Ein wesentliches Anliegen der DeGeDe ist es, Kinder, Jugendliche und Pädagog:innen beim Aufbau von Demokratiekompetenzen zu unterstützen. Eines unserer langfristigen Ziele ist es, Demokratiepädagogik im Bildungsbereich zu verankern. Wir freuen uns deshalb über die Einladung, Stellung zu dem neuen Bildungsplan nehmen zu können und sehen dies als wichtigen Aspekt in Bezug auf Teilhabe im Bildungswesen.

Unsere Stellungnahme bezieht sich in erster Linie auf den allgemeinen Teil des Bildungsplans, insbesondere auf die Leitperspektiven, die übergeordnet in „allen Fächern und Schulformen“ als „roter Faden für schulische Bildungs- und Erziehungsaktivitäten“ dienen sollen. Wir sehen Demokratiebildung als ebensolchen übergeordnete Orientierung. Im Folgenden weisen wir auf einige Aspekte hin, die uns besonders wichtig sind:

- Auch wenn in den Leitperspektiven (insbesondere im Abschnitt Wertebildung/Werteorientierung) entsprechende Elemente auftauchen (Mitwirkung an einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft) und auf das Grundgesetz sowie die Verfassung von Hamburg und das Hamburgische Schulgesetz verwiesen wird, erscheint uns – auch gerade angesichts der aufgeführten gesellschaftlichen Herausforderungen – die Bedeutung von Demokratiebildung über alle Fächer hinweg nicht angemessen beschrieben und verankert.
- Die ausgewählten Leitperspektiven sind sehr allgemein formuliert; während in der Bildung für nachhaltige Entwicklung und im Abschnitt „Leben und Lernen in einer digital geprägten Welt“ Bezüge zu fachwissenschaftlichen Diskussionen sichtbar werden, ist der Abschnitt zur Werteorientierung sehr allgemein formuliert.
- Zwar werden einzelne Werte benannt – wobei nicht differenziert wird zwischen Haltungen, Einstellungen, Werten – aber es fehlt der eindeutige und explizit genannte Bezug zu den Menschenrechten und dem Grundgesetz als Grundlage der demokratischen Gesellschaft. Zwar wird auf die Werte des Grundgesetzes und die Verfassung von Hamburg verwiesen, es bleibt aber unklar, warum gerade die genannten Werte ausgewählt wurden.
- Die mangelnde Differenzierung zwischen Demokratie als Herrschaftsform, als Gesellschaftsform und als Lebensform führt zu fraglichen Formulierungen, die auch im Widerspruch zu wesentlichen Prinzipien des Grundgesetzes stehen können. So wird z.B. eine zunehmende Betonung von individuellen Freiheits- und Selbstentfaltungswerten benannt und in einen Gegensatz gesetzt zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
Eine an Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums orientierten Gesellschaft ergibt sich aus dem Grundgesetz und ist eine Grundlage für eine demokratische

Gesellschaft. Die Grenzen der individuellen Freiheitsrechte ergeben sich aus den Freiheits- und Gleichheitsrechten der anderen.

Wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht, wäre es auch hier sinnvoll bestimmte Werte wie z.B. „Verantwortungsübernahme“ zu benennen und nicht „Individualitätsorientierung“ in einen Gegensatz zu stellen zu „Gesellschaftsorientierung“.

- Ähnlich problematisch im Sinne eines grundlegenden demokratischen Verständnisses sind Formulierungen wie sie sich in der Opposition von „Wertpluralismus“ und der Vermittlung „geteilter Werte“ finden. Pluralismus ist eine grundlegende Basis von demokratischen Gesellschaften und wird durch Freiheitsrechte im Grundgesetz gesichert. Was anderes als Grundrechte sollten „geteilte Werte“ sein?
- Es ist nicht nachzuvollziehen, warum kein Bezug zu den Empfehlungen der KMK zur Demokratieerziehung („Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ i.d.F. vom 11.10.2018) hergestellt wird. Die dort enthaltenen Ausführungen zur Wertebildung bezogen auf grundlegende demokratische Werte und Haltungen sowie die Aufgabe von Schule und Unterricht gehen deutlich über den Hamburger Entwurf hinaus und beschreiben differenzierter Aspekte des Demokratielernens.
- Die Aufgabe der Schule, demokratisches Miteinander erfahrbar zu machen, was notwendig ist, um nachhaltige demokratische Überzeugungen zu entwickeln, wird nur sehr vage angeschnitten („Die Schule hat die Aufgabe, ein Miteinander zu entwickeln, das Unterschiedlichkeit zulässt und als Chance begreift, zugleich aber Gemeinschaft sichert.“). Hier fehlen konkrete Hinweise auf demokratiepädagogische Methoden für Pädagog:innen. Kann-Formulierungen wie „Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip ... können ... auch in Schule und Unterricht erlebbar und erfahrbar gemacht werden“ sind unverbindlich und sichern keine Wertebildung.
- Der Verweis auf die Möglichkeiten, Schüler:innen das Demokratieprinzip durch Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte erlebbar werden zu lassen, bleibt weit hinter den Möglichkeiten demokratischer Schulkultur zurück wie sie jetzt schon in Hamburger Schulen praktiziert werden. Wenn Werte und Haltungen wie Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität, etc. verinnerlicht werden sollen, fehlen Hinweise auf Kontexte wie und wo Lernsettings entsprechend arrangiert werden. Für Pädagog:innen sind konkrete Anregungen hilfreich. Beteiligungsformen wie z.B. Klassenräte, Schülerparlamente, Schulvollversammlungen werden nicht genannt.
- Der Abschnitt „Lernkultur“ bietet einen thematischen Ansatzpunkt für Demokratielernen, der nicht genutzt wird. Zwar wird Partizipation als integraler Bestandteil von Lernkultur angesehen, der sich im Unterricht und im sonstigen Schulleben wiederfinden soll, aber auch hier fehlen Verweise auf z.B. Formen demokratischer Entscheidungsprozessen, unterschiedliche Kommunikations- und Partizipationsverfahren.
- Im Abschnitt „Kompetenzen und Inhalte“ mag der Bezug auf die 21st Century Skills sinnvoll sein, allerdings fehlt eine Verknüpfung mit den schon in den Leitperspektiven

jeweils genannten Haltungen und Kompetenzen. Als Bezugnahme bietet sich vor allem für den Abschnitt Wertebildung das Modell des Europarates von 2016 an: „Kompetenzen für eine demokratische Kultur - Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen Gesellschaften“, in dem Werte, Einstellungen, Fähigkeiten, Wissen und kritisches Denken für das Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft beschrieben werden.

Hamburg, 29.06.2022

Für die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik – Netzwerk Nord
Petra Linzbach und Regina Piontek